

Das Virus ändert alles, aber es ändert sich nichts

In der Debatte um Lockerungen des Lockdown zeigt sich: Die Gesellschaft reagiert vorhersehbar. Warum wir uns so schwertun, das Richtige lange genug durchzuhalten.

Ein Essay von **Armin Nassehi**, ZEIT online, 04.05.20



Das Coronavirus, das die Covid-19-Erkrankung auslöst, hat in kürzester Zeit alles verändert. Es ist gelungen, drastische Maßnahmen einzuleiten, bis an die Grenze der Einschränkung von Rechten zu gehen, in alle Bereiche des alltäglichen Lebens hineinzuregieren und das Land wie andere Länder auch stillzustellen. Man muss es nicht ausführen, es ist inzwischen hundertfach beschrieben, wohl auch, um sich die Augen zu reiben und sich zu vergewissern, dass es wirklich so gekommen ist. Es war und ist eine ungewöhnliche Situation, so ungewöhnlich, dass man schon an eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft glaubte, einen Epochenwandel wollen manche schon heraufziehen sehen, der epochalen Beschreibungen waren viele. Ihr gemeinsamer Tenor: Das Virus verändert alles.

Und es stimmt: Das Virus hat viele gesellschaftliche Routinen stark verändert und auch Proteste, Diskurse, Bedenken und Gegenrede stillgelegt – nicht weil irgendjemand solches verboten hätte, sondern weil es unter dem Eindruck der Bilder aus Wuhan und Bergamo, später New York City, plausibel erschien und auch gut erklärt wurde. Aber das scheint vorbei zu sein. Seit Kurzem werden die Warnungen von Virologen und Medizinern kaum mehr gehört, ja, sie werden sogar verspottet. Spätestens nach Ostern, als die strengen Maßnahmen zunächst ausgelaufen sind und verlängert oder modifiziert werden mussten, sprang der gesellschaftliche Motor wieder an. Seitdem wissen wir: Das Virus hat tatsächlich alles verändert, aber es hat sich nicht das Geringste daran geändert, wie eine komplexe Gesellschaft auf solch eine Ausnahmesituation reagiert. Man könnte sagen: Sie tut es ziemlich routiniert. Wir sehen, dass alle Akteure genauso auftreten, wie sie es sonst auch tun.

Natürlich ist es Wirtschaftsverbänden ein Anliegen, endlich wieder die Wertschöpfungsketten zu schließen und die katastrophalen ökonomischen Folgen abzumildern, was sollen sie sonst fordern? Natürlich haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein existenzielles Interesse daran, dass ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Selbstverständlich machen sich Juristen und Gerichte Gedanken über die Rechtmäßigkeit von Maßnahmen. Und selbstverständlich wird die Berichterstattung in den Medien nun vielstimmiger und kritischer den Maßnahmen gegenüber. Und selbstverständlich mehren sich die Stimmen aus dem psychosozialen, dem pädagogischen und dem therapeutischen Bereich, welche unglaublichen Folgen der Lockdown für Familien, für Kinder und Jugendliche, für Partnerschaften, für Geschlechterverhältnisse, für ohnehin prekäre Lebenslagen und für das Gewaltniveau in Nahbereichen haben.

Alle Akteure spielen die Rollen, die sie immer gespielt haben. Das ist freilich kein Vorwurf, sondern bildet letztlich die Struktur der Gesellschaft ab, die so mit den ihr eigenen Mitteln reagiert. Nachdem der gesellschaftliche Motor wieder angesprungen ist, gerät die virologische Frage im engeren Sinne in den Hintergrund. Es überrascht deshalb nicht, dass eher vorsichtige Maßnahmen in erster Linie noch von denen befürwortet werden, deren Arbeitsplätze sicher sind oder deren ökonomisches Auskommen nicht in Gefahr steht. Das soll kein Spott sein, sondern nur der Hinweis darauf, dass die Gesellschaft keine anderen Mittel hat als ihre eigenen Routinen und Strukturen, auf solche Herausforderungen ziemlich erwartbar zu reagieren. Und diese Mittel scheinen nicht nur begrenzt zu sein, sie folgen offensichtlich ehern stabilen Mustern, die sich kaum irritieren lassen. Die Leute tun, was sie immer tun.

Die Exekutive ist nun eher in der Defensive

Ein weiterer Satz, den wir immer öfter gehört haben, lautet: Es ist die Stunde der Exekutive. Auch das stimmt, aber es galt vor allem für den politischen Ausnahmezustand, der den Lockdown herbeigeführt hat. Mit den ersten Lockerungen schon galt das nicht mehr. Die Exekutive ist nun eher in der Defensive. Sie befindet sich in einem Zielkonflikt zwischen der medizinischen und virologisch nach wie vor empfohlenen Notwendigkeit, auf ein sehr niedriges Infektionsgeschehen zu kommen, und den berechtigten ökonomischen und sozialen Sorgen bezüglich der Folgen des Lockdown, nicht zuletzt dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, endlich wieder ein normales Leben zwischen Mobilität, Produktivität und konsumorientierter Langeweilebewirtschaftung zu führen. Der Staat ist in einem schwierigen Dilemma, weil die beiden konkurrierenden Seiten tatsächlich symmetrisch gebaut sind. Aber auch Politik spielt weiter die Rolle, wie sie sie stets spielt und spielen muss. Jeder politische Satz ist nicht nur sachorientiert, sondern hat eben auch einen politischen Sinn. Dass es einen Wettbewerb der Bundesländer um Öffnungen gegeben hat, hat selbstverständlich auch eine Dimension politischen Wettbewerbs – und selbst wenn einzelne Akteure es leugnen, hat es diese politische Dimension. Das ist nämlich das Muster politischer Auseinandersetzungen in einer Demokratie, hinter das zurückzutreten tatsächlich nur in Ausnahmesituationen möglich ist. Der Lockdown ist immer noch eine erhebliche Ausnahmesituation, aber die Gesellschaft befindet sich längst wieder im Modus eines Normalzustandes, in dem genau das ausgeschlossen ist, was wir in Krisensituationen gern hätten: Möglichkeiten der Handlungskoordination über die differenzierten Handlungsmuster hinaus. Das macht es schwieriger, moderate statt weniger moderate Lockerungen politisch zu organisieren, was nur auf den ersten Blick widersprüchlich aussieht.

Die moderne Gesellschaft reagiert nicht "aus einem Guss"

Es hat nur wenige Tage gedauert, bis die ersten Stimmen nach Einführung des Lockdown laut wurden, man könne doch nun sehen, dass es doch möglich ist, die Gesellschaft politisch zu steuern – meist geschah dies mit Rekurs auf Maßnahmen gegen den Klimawandel. Ein wenig stimmte solches Argumentieren bis zu dem Moment, in dem tatsächlich der Ausnahmezustand herrschte. Aber spätestens seit den Öffnungsdiskussionen kann man beobachten, dass die moderne Gesellschaft alle möglichen Reaktionsformen kennt, nicht aber vollständige Handlungskoordination aus einem Guss. Ich habe selbst im Zusammenhang mit der Diskussion um den Klimawandel öfter darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft ganz offensichtlich nicht "aus einem Guss" auf die Herausforderung reagieren kann, so sehr sich das manche politisch auch wünschen mögen und so eindeutig wissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel sind. Dagegen wurde gern moralisch oder im Gestus der Notwendigkeit argumentiert – aber leider ganz ohne Sachverstand darüber, dass eine Gesellschaft nur mit ihren bordeigenen Mitteln auf Probleme reagieren kann.

Die moderne Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass ihre interne Differenzierung in ökonomische, politische, rechtliche, wissenschaftliche, mediale und religiöse Eigensinnigkeiten nur um den Preis unrealistischer Erwartungen überwunden werden kann. Beim Klimawandel bleibt am Ende dann nur eine amorphe Kapitalismuskritik übrig, die freilich nicht genau weiß, wovon sie den Gegenstand ihrer Kritik unterscheiden soll. Im Falle der Corona-Krise greift inzwischen eine völlig unangemessene Wissenschaftskritik um sich, die sich etwa in Angriffen und Drohungen gegenüber Christian Drostent entlädt. Wie soll der Klimawandel bewältigt werden, wenn es nicht einmal gelingt, den Lockdown oder wenigstens vorsichtigere Maßnahmen bei der Bewältigung der Corona-Krise durch konzertierte Aktion zu planen und zu gestalten? Alle Welt redet von der Gestaltbarkeit der Welt, der Volatilität der Gesellschaft, der Beschleunigung ihrer Prozesse und der Offenheit für neue Lösungen. Aber die Konfliktstruktur der Gesellschaft, die Dynamik von Argumenten und Gegenargumenten, die Formierung von Interessen und die Perspektivität der Akteure folgt geradezu ultrastabilen Mustern, ganz abgesehen davon, ob man sich wirklich eine Gesellschaft mit einem starken Primat des Politischen als Steuerungszentrum der Gesellschaft wünschen soll – aber das ist eine andere Diskussion.

Nun hat die Eigendynamik der Gesellschaft ihren Motor angeworfen

Es ist offenkundig, dass mit dem Moment des Einstiegs in den Ausstieg aus dem Lockdown dieser Prozess geradezu unkontrollierbar geworden ist. Nicht weil alles so volatil und beschleunigt ist, sondern im Gegenteil: weil die Eigendynamik einer Gesellschaft ihren Motor angeworfen hat, der seine Bahnen nach gesellschaftsinternen Verarbeitungsregeln zieht und sich wieder genauso unbeeindruckt von direkten Interventionen zeigt wie zuvor. Man mag das für eine fatalistische Diagnose halten. Man kann es aber auch als das sehen, was es ist: eine empirisch gesättigte Beschreibung darüber, wie die Eigenlogik einer Gesellschaft beschaffen ist, die sich in ihren Selbstbeschreibungen in geradezu instrumentellen Illusionen direkter Steuerung und Bündelung der Kräfte ergeht. Deutlich ist jedenfalls, wie eigendynamisch Kommunikationsprozesse sind: Die Eskalationslogik von Ausstiegszenarien, nachdem die ersten politischen Weichen in diese Richtung gestellt wurden, lassen sich

nun kaum mehr politisch kontrollieren – *quod erat demonstrandum*. Deshalb war es sachlich sicher richtig, moderat an bestimmten Stellen mit Öffnungen zu beginnen; politisch jedoch war es in dieser Geschwindigkeit und in diesem Ausmaß eher problematisch, weil schon anfangs deutlich wurde, dass damit eine unkontrollierbar werdende Eigendynamik in Gang gesetzt würde. Kommunikationstheoretisch nennt man das *Anschlussfähigkeit* und *Pfadabhängigkeit* – was nicht mehr meint als die Tatsache, dass Kommunikationsdynamik Pfade für erfolgreiche Sätze ausbildet. Die Erfolgswahrscheinlichkeit von Öffnungsszenarien steigt. So weit, dass sogar Intellektuellenappelle wie der von fünf Autoren und einer Autorin, der am 24. April im *Spiegel* erschienen ist, offenkundig problematische Prämissen über die Vergleichbarkeit der Folgen von Grippe und von Corona oder über die Definition und Kontrollierbarkeit von Risikogruppen dafür verwenden kann, um auf die gewünschten Schlussfolgerungen möglichst rascher Öffnungen zu kommen. Man kann wissen, dass man aus falschen Prämissen keine richtigen Schlussfolgerungen ziehen kann. *But who cares?* Man muss es nicht berücksichtigen, schwimmt man auf der Welle dessen, was ohnehin gerade gehört werden will.

Die Zeiten konzertierter Aktionen sind vorbei

Ich wiederhole die Formulierung: Krisen (wie alles andere) kann die Gesellschaft nur mit den bordeigenen Mitteln verarbeiten. Und so nimmt es nicht wunder, dass sie in dem Moment, in dem das wegen unmittelbarer existenzieller Betroffenheit ungewöhnliche Durchregieren brüchig wird, exakt diese Bordmittel in Anspruch nimmt. Dann regieren die Regierenden und müssen damit eben auch politische Probleme lösen und sich der veröffentlichten Meinung fügen; dann müssen wirtschaftliche Akteure Wertschöpfung und Wirtschaftlichkeit anstreben; dann urteilen die Gerichte; dann führt Wissenschaft vor, dass sie nur wissenschaftliche Fragen beantworten kann und zugleich nicht die Bedürfnisse nach Eindeutigkeit stillen kann; dann melden Medien, was sie melden wollen, und verstärken diese oder jene Dynamik; und dann machen die Spinner ihre üblichen Verschwörungstheorien und die üblichen verdächtigen Elitenkritiker haben es ohnehin immer gewusst. Die Zeiten konzertierter Aktionen sind vorbei – und das gilt auch für das Alltagshandeln der Menschen.

Eine der größten Illusionen überhaupt ist die Unterstellung des überlegt und intentional gesteuerten Handelns von Menschen als Steuerungsmedium für die Problemlösung. Ich bewege mich derzeit in unterschiedlichen Gremien der Politikberatung und dort wird diese Vorannahme gern für die Begründung und Legitimation von Öffnungsmaßnahmen herangezogen: *Die Leute wissen doch, was sie tun, und sie haben jetzt gelernt, sich angemessen zu verhalten*. Das zumindest ist eine ungeprüfte Prämisse. Es sieht manchmal so aus, als wollten sich dort versammelte Expertinnen und Experten damit beruhigen, das Objekt ihres Handelns sei so wie sie – dabei folgen auch wir Experten nur dem Drehbuch unserer Rollen.

Die Annahme der Verhaltenskontrolle gilt womöglich für organisiertes Verhalten in Unternehmen und Betrieben, in Verwaltungen, vielleicht auch in gut organisiertem Kundenkontakt. Und hier, muss man sagen, haben Organisationen unterschiedlichen Typs Großartiges geleistet. Problematischer ist es im interaktionsnahen, gerade nicht organisierten Sozialverhalten, das sich ja sehr sichtbar verändert hat, seit die kommunikative Dynamik der Lockerungen so stark geworden ist. Wir wissen darüber noch sehr wenig. Aber der nötige Habitus wird sich insbesondere unter jüngeren Leuten, insbesondere in der Gastronomie, insbesondere unter

Alkoholeinfluss, insbesondere unter Bedingungen einer ja wünschenswerten Rückkehr zu normalen Verhältnissen nicht in derselben Weise organisieren lassen. All das ist kein Plädoyer, diese Diskussionen nicht zu führen, ganz im Gegenteil. Es geht gar nicht anders, als sie zu führen. Es ist auch kein Plädoyer gegen jede Lockerung. Es muss dieser schwierige Abwägungsdiskurs geführt werden und es müssen verantwortliche Lösungen für moderate Lockerungen her. Es ist nur ein Hinweis darauf, wie wenig gerüstet die Gesellschaft offensichtlich ist, mit der Krise umzugehen. Viele Wirtschaftsstrukturen halten augenscheinlich die lange Unterbrechung kaum aus.

Familien geraten schnell in Ausnahmezustände, für Kinder und Jugendliche ist der Kontakt nach außen vielleicht wichtiger als der zu den Familienmitgliedern. Und die Bespielung moderner nervöser Seelen braucht offensichtlich mehr Abwechslung, als derzeit trotz Streamingdiensten und gelieferten Konsumartikeln zur Verfügung steht. Man kann an diesen Krisenfolgen sehr deutlich sehen, wie fragil diese so stabile Gesellschaft immer schon war und wie sehr sie auf Kante genäht ist: Sie scheint in ihrer dynamischen Stabilität davon abhängig zu sein, dass es weitergeht wie bisher. Nicht weil sie so stabil ist, ist es schwer in die Dynamik der Gesellschaft einzugreifen, sondern weil diese Stabilität so sehr von sensiblen Konstellationen abhängig ist.

Jedenfalls hindert uns diese sensible Ordnung derzeit auch daran, das Offensichtliche zu tun: den Lockdown oder wenigstens moderatere Lockerungen so lange auszuhalten, bis die Gefahr eines radikalen Wiederanstiegs der Infiziertenzahlen und einer daraus folgenden möglichen Überlastung des Gesundheitswesens als kontrollierbar gelten kann. Es sollte nicht mehr allzu lange dauern, wenn die Prognosen stimmen. Das jedenfalls legt ein Großteil der wissenschaftlichen Ergebnisse nahe, aber die Eigendynamik der Gesellschaft immunisiert sich dagegen. Einer der schönsten biologischen Sätze zur Pandemie lautet, mit dem Virus könne man nicht verhandeln. Genau genommen gilt dieser Satz auch für die Gesellschaft. Mit ihr kann man auch nicht verhandeln, weil ihre Eigendynamik offensichtlich in einer merkwürdigen Kombination aus Stabilität und Fragilität fast unerreichbar ist. Immerhin kann man in ihr verhandeln. Dennoch oder gerade deshalb muss man es offensiv analysieren und beschreiben und die inneren Widersprüche und Dilemmata bloßlegen. Was soll man auch sonst tun, wenn das das einzige Bordmittel ist, das man als Wissenschaftler hat – womit wir wieder am Anfang der Geschichte wären. Es stimmt: Das Virus ändert alles, aber es ändert sich nichts.